Weitere Verzögerung von Schacht Konrad unverantwortlich

18.04.2025 13:52

MdB Oßner pocht auf schnelle Inbetriebnahme des mehrmals verschobenen Endlagers

Es ist das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager dieser Art in Deutschland. Mehrmals wurde die Inbetriebnahme des bisher vier-Milliarden-Euro-schweren Projekts bereits verschoben, letztmalig 2018 und dann nochmals 2023 auf das Jahr 2027. „Die neuerlichen Nachrichten über eine weitere Verzögerung wegen offenbar ausstehender wasserrechtlicher Genehmigungen, welche vom Land Niedersachsen erteilt werden müssten, ist nicht hinnehmbar“, so der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner (CSU), in dessen Heimatregion der Kernkraftwerksstandort Isar fällt. Der Rückbau stillgelegter Kraftwerke würde damit weiter verzögert und die jetzigen Standorte vor Ort mit zusätzlichen Mehrkosten belastet werden. Die Atommüllbehälter stapeln sich bereits an den Standorten. „Diese unnötigen Mehrkosten sind von manchen politischen Gruppierungen scheinbar gewollt, anders lasse sich diese offensichtliche und abermalige Verzögerungstaktik nicht mehr erklären“, so das vormalige Mitglied der Endlagerkommission des Bundes. Für Oßner ist die Inbetriebnahme von Schacht Konrad entscheidend für den weiteren Prozess der gesamten Endlagersuche. „Falls wir uns bereits bei der Errichtung eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfallstoffe derart schwertun, wie soll dann ein Endlager für hochradioaktive und wärmeentwickelnde Stoffe überhaupt gelingen?“, stellt Oßner die kritische Frage an die Verantwortlichen der Genehmigungsbehörde in Niedersachsen. Der Bund müsse nun alles daran setzen, weitere Verzögerungen zu vermeiden und endlich für Planbarkeit im gesamten Endlager- und Rückbauprozess zu sorgen. Das verursachte Chaos mit Gorleben hat bereits viel Vertrauen zerstört. „Die Standorte Isar in Essenbach und Niederaichbach der Region Landshut werden sonst komplett im Unklaren gelassen“, konstatiert Oßner.